



Rat der  
Europäischen Union

Brüssel, den 12. Juni 2017  
(OR. en)

9589/17

SOC 426  
EMPL 331  
ECOFIN 448  
EDUC 256

## VERMERK

---

Absender:           Vorsitz  
Empfänger:        Ausschuss der Ständigen Vertreter/Rat

---

Betr.:              Europäisches Semester 2017  
                      – Orientierungsaussprache

---

Die Delegationen erhalten beiliegend einen Vermerk des Vorsitzes, in dem der Rahmen für die Orientierungsaussprache abgesteckt und mittels einer Reihe von Fragen eine Ausrichtung für die Beratungen der Minister auf der Tagung des Rates (Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz) am 15. Juni 2017 vorgegeben wird.

**Europäisches Semester 2017**  
**Orientierungsaussprache**  
*Orientierungsvermerk des Vorsitzes*  
**TAGUNG DES RATES (BESCHÄFTIGUNG, SOZIALPOLITIK, GESUNDHEIT UND  
VERBRAUCHERSCHUTZ) am 15. Juni 2017**

**WEITERE REFORMEN SIND NOTWENDIG**

Der wirtschaftliche Aufschwung in der Europäischen Union ist nun gefestigt und dauerhaft. Sowohl in der Union als auch im Euro-Währungsgebiet wuchs die Wirtschaft 2016 um beinahe 2 % und damit kräftiger als in den Vereinigten Staaten oder Japan. Mit beinahe 233 Millionen ist die Zahl der Beschäftigten in Europa ist so hoch wie nie. Der beschäftigungswirksame Aufschwung hat auch dazu beigetragen, Armut und soziale Ausgrenzung in der EU zu verringern: Der Anteil der Bevölkerung der EU, der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht ist (2015 noch bei 23,7 %) hat den niedrigsten Stand seit fünf Jahren erreicht, was bedeutet, dass die starke materielle Deprivation und die Zahl der Erwerbslosenhaushalte zurückgegangen sind.

Diesen begrüßenswerten Verbesserungen zum Trotz bleiben Unterschiede bei Produktivität und wirtschaftlicher Leistung zwischen Ländern und Regionen bestehen, sodass die Bevölkerung insgesamt bislang nicht in gleicher Weise vom Wirtschaftswachstum profitieren konnte. Die Zahl derer, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, ist nach wie vor zu hoch, und die Einkommensungleichheiten haben sich zwar stabilisiert, sind historisch betrachtet jedoch hoch und nehmen in einigen Mitgliedstaaten weiter zu. Die Folgen der Krise zu überwinden, bleibt weiterhin eine vordringliche Aufgabe.

Die Reformen müssen fortgeführt werden, damit die aktuellen positiven Entwicklungen in den Bereichen Wirtschaft, Beschäftigung und Soziales weiter unterstützt werden. Durch die Reformen müssen die Modernisierung unserer Volkswirtschaften vorangebracht und Wachstum und Wohlstand für künftige Generationen geschaffen werden. Durch wohldurchdachte und zeitlich günstig gestaffelte Reformen, die der Verteilungswirkung Rechnung tragen, sollten die Bürgerinnen und Bürger und die Wirtschaft der EU in die Lage versetzt werden, zum Wachstum beizutragen und davon zu profitieren, sollte die wirtschaftliche und soziale Konvergenz in den Mitgliedstaaten gefördert werden und sollten die möglichen negativen Auswirkungen des technischen und demografischen Wandels oder neue negative wirtschaftliche Schocks so gering wie möglich gehalten werden. Die Volkswirtschaften der EU-Mitgliedstaaten müssen wettbewerbs- und widerstandsfähig und innovativ sein.

Die vordringlichen beschäftigungs- und sozialpolitischen Aufgaben müssen im Mittelpunkt der Reformanstrengungen der nächsten Monate und Jahre stehen. Strukturreformen sind notwendig, um die soziale Gerechtigkeit voranzubringen, Einkommensungleichheiten abzumildern und Konvergenz im Hinblick auf bessere Ergebnisse zu fördern. Um die langfristige Nachhaltigkeit des Wirtschaftswachstums sicherzustellen und die Widerstandsfähigkeit gegenüber den wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Problemstellungen der Zukunft zu verbessern, müssen Reformen durchgeführt werden, durch die Investitionen in die soziale Infrastruktur, zu der beispielsweise Bildung, berufliche Bildung und lebensbegleitendes Lernen, Kinderbetreuung und Gesundheitsversorgung gehören, erleichtert werden.

## LÄNDERSPEZIFISCHE EMPFEHLUNGEN 2017

Das Europäische Semester wurde seit seiner erstmaligen Durchführung im Jahr 2011 schrittweise weiterentwickelt und verbessert, sodass ein reibungslos funktionierender Mechanismus entstand, den die Mitgliedstaaten zur Gestaltung und Koordinierung ihrer Wirtschaftspolitik nutzen, indem sie bewährte Verfahren austauschen und sich einer gegenseitigen Begutachtung unterziehen. Seit der ersten Durchführung des Europäischen Semesters wurden zwar bedeutende Fortschritte bei der Umsetzung der Empfehlungen erzielt, es bestehen jedoch noch immer Unterschiede im Hinblick darauf, mit welcher Geschwindigkeit und in welcher Tiefe in den Mitgliedstaaten Reformen umgesetzt werden. Die Kommission hat das diesjährige Paket der länderspezifischen Empfehlungen am 22. Mai vorgelegt. Als Gesamtziel wird mit den Empfehlungen für die Jahre 2017 und 2018 die Schaffung von mehr Arbeitsplätzen und die Beschleunigung des Wachstums angestrebt; gleichzeitig sollen die Anliegen der sozialen Gerechtigkeit besser berücksichtigt werden.

Ein erheblicher Anteil der länderspezifischen Empfehlungen entfällt auf die Bereiche Beschäftigung, Qualifikation und soziale Fragen. In diesem Jahr wurden Unterempfehlungen nach Gesichtspunkten wie gemeinsame Problemstellungen oder verwandte Handlungsbereiche zusammengefasst, wodurch sich die Gesamtzahl der Empfehlungen verringert hat.

Ein besonderes Augenmerk wurde darauf gelegt, die entscheidende Rolle zu würdigen, die den **Sozialpartnern** im Einklang mit den nationalen Gepflogenheiten insbesondere bei den Tarifverhandlungen zukommt; dabei ist es von grundlegender Bedeutung, die Sozialpartner in die Gestaltung und Durchführung der entsprechenden Maßnahmen und Reformen einzubeziehen, um Eigenverantwortung und Wirksamkeit zu verbessern. Hinsichtlich der Einbeziehung der Sozialpartner in das Europäische Semester wurden sowohl auf europäischer Ebene als auch in zahlreichen Mitgliedstaaten Fortschritte erzielt. Insbesondere auf einzelstaatlicher Ebene sollten die entsprechenden Anstrengungen fortgesetzt und, wo dies angebracht ist, verstärkt werden.

Die länderspezifischen Empfehlungen können nach den folgenden Prioritäten und Problemstellungen zusammengefasst werden:

- Zur **Verbesserung der Teilhabe am Arbeitsmarkt** muss mehr getan werden. Die Arbeitslosigkeit ist nach wie vor hoch, die Unterbeschäftigung älterer Arbeitnehmer muss verringert werden, die geschlechtsspezifische Diskrepanz bei der Beschäftigung und die Lohnlücke zwischen Männern und Frauen sind nach wie vor erheblich. Sollen ältere Bevölkerungsgruppen verstärkt aktiv bleiben, so muss für eine wirksame Kombination von aktiven arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen, Maßnahmen zum lebensbegleitenden Lernen, gesundheitspolitischen Maßnahmen und Rentenreformaßnahmen gesorgt werden. Es müssen zusätzliche Anstrengungen unternommen werden, um den Zugang von Randgruppen, einschließlich Menschen mit Migrationshintergrund, zum Arbeitsmarkt zu verbessern.
- Die Jugend- und die Langzeitarbeitslosigkeit bleiben vordringliche Prioritäten, und zur **Förderung widerstandsfähiger und integrativer Arbeitsmärkte** sind verstärkte Anstrengungen erforderlich. Hierzu gehört unter anderem auch, der Segmentierung der Arbeitsmärkte entgegenzuwirken und den aktiven arbeitsmarktpolitischen sowie den sozialpolitischen Maßnahmen mehr Wirksamkeit zu verleihen. Daneben besteht gleichermaßen die Notwendigkeit, Systeme der Tarifverhandlungen zu entwickeln, durch die mehr Arbeitsplätze geschaffen und Produktivitätssteigerungen bewirkt werden.
- Die **Sozialschutzsysteme** müssen Qualifizierungsdienste für alle und angemessene Einkommensunterstützung für alle Bedürftigen bereitstellen und dabei gleichzeitig Beschäftigung und Teilhabe am Arbeitsmarkt fördern. Zwischen Flexibilität und Sicherheit muss ein ausgewogenes Verhältnis geschaffen werden, wozu unter anderem auch ein Sozialschutz in angemessener Höhe mit angemessenem Anwendungsbereich und angemessener Dauer gehört. Um den Übergang in ein Beschäftigungsverhältnis zu fördern, sind außerdem Reformen erforderlich, die Arbeit lohnend machen.
- Bei der Gestaltung von Politikreformen und bei der Überwachung ihrer Umsetzung muss die Bekämpfung von **Einkommensungleichheit und Armut** berücksichtigt werden. Hierfür ist ein umfassendes Paket an Präventiv- und Abhilfemaßnahmen erforderlich, das gleichen Zugang zu Bildung und Gesundheitsversorgung, bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und bessere Verdienstchancen, erschwingliche und qualitativ hochwertige Dienstleistungen und gut durchdachte Steuer- und Sozialleistungssysteme einschließt.

- Reformen müssen für die Bevölkerung im Rahmen des **Ausbaus von Qualifikationen oder der Umschulung** die Möglichkeit zum Erwerb von Grundkompetenzen schaffen und bewirken, dass die **Arbeitsmarktrelevanz von Bildung**, beruflicher Aus- und Fortbildung, Hochschulbildung und lebensbegleitendem Lernen verbessert wird. Die Anstrengungen sollten sich außerdem darauf konzentrieren, die Ungleichheiten beim Zugang zu qualitativ hochwertiger Bildung zu verringern.

Das gemeinsame Verständnis, das sich aus der gemeinsamen Arbeit in den verschiedenen Ausschüssen im Laufe des Jahres und aus dem Dialog zwischen den Mitgliedstaaten und der Kommission auch in Bezug auf die Länderberichte 2017 ergeben hat, trägt zu einer verstärkten Identifizierung mit der wirtschaftspolitischen Steuerung im Rahmen des Europäischen Semesters bei. Diese engere Zusammenarbeit hat dazu geführt, dass die Arbeit in den Ausschüssen reibungsloser verlief und effizienter war, und kann somit als Beleg für die Verbesserungen dienen, die im Lauf der Jahre am Europäischen Semester vorgenommen wurden.

## **ZU ERÖRTERENDE FRAGEN**

- 1) *Erfassen die länderspezifischen Empfehlungen 2017 in Anbetracht der Tatsache, dass die Öffentlichkeit den sozial- und beschäftigungspolitischen Problemstellungen sehr viel mehr Aufmerksamkeit widmet, die dringlichsten Probleme auf den Gebieten Beschäftigung und Soziales?*
- 2) *Was kann unternommen werden, um die Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen zu verbessern, sodass der gegenwärtig in der EU zu verzeichnende gesamtwirtschaftliche Aufwärtstrend bestmöglich genutzt werden kann? Worin bestehen Ihrer Auffassung nach die größten Hindernisse, die einer besseren Umsetzung der länderspezifischen Empfehlungen im Wege stehen?*